

Geschäftsplanung Regierungsrat

Septembersession 2014

Die Geschäftsplanung dient dem Grossen Rat und dem Regierungsrat als Führungs- und Steuerungsinstrument. Gleichzeitig ist sie ein Instrument der Kommunikation des Regierungsrates gegenüber dem Grossen Rat. Sie basiert auf einer zentralen elektronischen Collaboration Plattform und ist aufgeteilt in die beiden Bereiche „Grosser Rat“ (Geschäfte in Kompetenz des Grossen Rates) und „Regierungsrat“ (Geschäfte in Kompetenz des Regierungsrates). Die Berichterstattung des Regierungsrates an den Grossen Rat erfolgt fünfmal jährlich, jeweils für die Bürositzung des Grossen Rates vor den Sessionen. In die Geschäftsplanungen integriert sind die Meldungen der für die Aussenbeziehungen und für die Gemeinden relevanten Geschäfte.



Legende

Kat	Kategorie	V: Verordnung K: Kredit B: Bericht I: interkantonaler / internationaler Vertrag U: Übrige
Prio	Priorität	1: Hohe politische und strategische Bedeutung für den Kanton / hoher Koordinationsbedarf 2: Mittlere politische und strategische Bedeutung, vorab für einen Direktionsbereich 3: Geringe politische und strategische Bedeutung, Wirksamkeit vorab auf Verwaltungsstufe und nach innen gerichtet
FF	Federführung	Federführende Zuständigkeit: Direktion
Rel	Relevanz	A: Geschäft mit Relevanz für die Aussenbeziehungen des Kantons Bern G: Geschäft mit Relevanz für die Gemeinden des Kantons Bern

Staatskanzlei

Geschäft	Kat	Prio	FF	Datum RRB	Rel	Inhalt	Kommentar
Interkantonales Psychiatrieprojekt in Bosnien-Herzegowina	I	3	STA	31.12.2014	A	Verlängerung des Vertrags zwischen den Kantonen BE, FR, GE und JU und dem Bund (DEZA) zum interkantonalen Psychiatrieprojekt in Bosnien-Herzegowina für die zweite Projektphase 2014-2018. Das Projekt will den Zugang der Bevölkerung zur psychiatrischen Versorgung verbessern.	Für die zweite Projektphase 2014-2018 wird erneut ein Beitrag aus dem Lotteriefonds beantragt.
Freundschaftsabkommen des Kantons Bern mit der Präfektur Nara (Japan)	U	2	STA	31.12.2014	A	Auf Initiative Japans und in Absprache mit dem Bund (EDA) hat der Regierungsrat zugestimmt, Verhandlungen für ein Freundschaftsabkommen mit der japanischen Präfektur Nara aufzunehmen.	Das Freundschaftsabkommen hat keinen verpflichtenden (finanziellen) Charakter. Es wird in Form einer Absichtserklärung auf Zeit abgeschlossen und ist kurzfristig kündbar. Die Unterzeichnung liegt somit in der Kompetenz des Regierungsrats.
Klassifizierungsverordnung	V	3	STA			Klassifizierungsregeln für Unterlagen, die nicht in die Zuständigkeit des RR fallen.	
Verordnung über das Vernehmlassungs- und das Mitberichtsverfahren (VMV) (Änderung)	V	3	STA			Einbezug der Justizleitung in das Mitberichtsverfahren gemäss RRB Nr. 604 vom 7. Mai 2014 regeln.	Vgl. Ziff. 5.3 des Verfahrensprotokolls vom 30. April 2014 (Beilage zum RRB 604/2014).
E-Voting für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer, Betrieb; Objektkredit für die Jahre 2015/2016	K	2	STA	27.08.2014		Der beantragte Kredit ermöglicht den Betrieb von E-Voting für Auslandschweizerinnen und Auslandschweizer bei eidgenössischen und kantonalen Volksabstimmungen in den Jahren 2015/2016 sowie bei den Nationalrats- und Ständeratswahlen im Oktober 2015.	

Polizei- und Militärdirektion

Geschäft	Kat	Prio	FF	Datum RRB	Rel	Inhalt	Kommentar
Standesinitiative "Fertig mit dem anonymen Aufruf zu Demonstrationen und Grossanlässen ohne Übernahme von Verantwortung"	U	3	POM	19.03.2014	A	Standesinitiative beantragt mit M 131-2013, vom GR beschlossen am 22.01.2014, eingereicht am 19.03.2014 (RRB 375).	Im National- und Ständerat noch nicht behandelt.
Standesinitiative "Prostitution ist nicht sittenwidrig"	U	3	POM	12.09.2012	A	Standesinitiative beantragt mit M 014-2012, vom GR beschlossen am 07.06.2012, eingereicht am 12.09.2012 (RRB 1337).	Im National- und Ständerat noch nicht behandelt. RK-S und RK-N haben der Standesinitiative Folge gegeben.
Bevölkerungsschutzverordnung und Zivilschutzverordnung	V		POM		G	Anpassung an rev. KBZG	
Einführungsverordnung zum Konkordat über Massnahmen gegen Gewalt anlässlich von Sportveranstaltungen	V		POM		G	Anpassung an das ergänzte Konkordat	
Einbürgerungsverordnung	V		POM		G	Anpassung des erforderlichen Sprachniveaus an Motion Gfeller und Art. 7 Kantonsverfassung	
Standesinitiative "Verbot von Killerspielen"	U		POM	18.06.2008	A	Standesinitiative beantragt mit M 291-2007, vom GR beschlossen am 08.04.2008, eingereicht am 18.06.2008 (RRB 1050).	National- und Ständerat haben die Behandlung der Standesinitiative 2011 für mehr als ein Jahr ausgesetzt.

Gesundheits- und Fürsorgedirektion

Geschäft	Kat	Prio	FF	Datum RRB	Rel	Inhalt	Kommentar
Integrationsverordnung	V		GEF		G	Neuer Erlass:Ausführungsbestimmungen zum Integrationsgesetz	
Revision Sozialhilfeverordnung SHV	V		GEF		G	Allenfalls wird die SHV per 1.1.2015 überarbeitet	
KIP 2018 ff.	I		GEF		A	Programmvereinbarung mit dem Bund für das kantonale Integrationsprogramm 2018-2021	
Standesinitiative "Cassis de Dijon-Prinzip"	U	3	GEF	21.12.2011	A	Standesinitiative beantragt mit M 018-2011, vom GR beschlossen am 28.03.2011, eingereicht am 21.12.2011 (RRB 2197).	Im National- und Ständerat noch nicht behandelt.
Standesinitiative "Bezahlter Urlaub für Eltern von schwerkranken Kindern"	U	3	GEF	02.06.2010	A	Standesinitiative beantragt mit M 165-2009, vom GR beschlossen am 25.11.2009, eingereicht am 02.06.2010 (RRB 832).	Im National- und Ständerat noch nicht behandelt.

Erziehungsdirektion

Geschäft	Kat	Prio	FF	Datum RRB	Rel	Inhalt	Kommentar
Beitritt Interkantonale Vereinbarung über Beiträge an die Bildungsgänge der höheren Fachschulen (HFSV)	I	2	ERZ		A	Ermöglichung der interkantonalen Mobilität der Studierenden im Bereich der höheren Fachschulen; Regelung der Höhe der Abgeltung unter den Kantonen.	Inkrafttreten geplant auf 01.10.2014
Anhang KKFV betr. Biel/Bienne-Seeland-Berner Jura	V	2	ERZ		G	Ablösung der bisherigen Regionalen Kulturkonferenz Biel/Bienne durch die Regionalkonferenz oder einen Gemeindeverband (je nach Ausgang der Volksabstimmung 2014). Anpassung des Perimeters der zahlungspflichtigen Gemeinden. Die regional bedeutenden Kulturinstitutionen sind aufgelistet.	Inkrafttreten geplant auf 01.12.2014.
Anhang KKFV betr. Region Oberland-Ost	V	2	ERZ		G	Der Bereich Kulturförderung wird in die bestehende Regionalkonferenz Oberland-Ost integriert. Die regional bedeutenden Kulturinstitutionen sind aufgelistet.	Inkrafttreten geplant auf 01.09.2015.
Anhang KKFV betr. Region Oberaargau	V	2	ERZ		G	Ablösen der bisherigen Regionalen Kulturkonferenz Langenthal durch neuen Gemeindeverband Kulturförderung Oberaargau mit Anpassung des Perimeters der zahlungspflichtigen Gemeinden. Die regional bedeutenden Kulturinstitutionen sind aufgelistet.	Inkrafttreten geplant auf 01.09.2015.
Anhang KKFV betr. Region Thun Oberland West	V	2	ERZ		G	Bilden von Teilregionen und Gründen von Gemeindeverbänden Kulturförderung. Ablösen der bisherigen Regionalen Kulturkonferenz Thun durch einen Gemeindeverband Kulturförderung mit Anpassung des Perimeters der zahlungspflichtigen Gemeinden. Je Teilregion sind die regional bedeutenden Kulturinstitutionen aufgelistet.	Inkrafttreten geplant auf 01.09.2015.
Anhang KKFV betr. Region Emmental	V	2	ERZ		G	Die regional bedeutenden Institutionen sind aufgelistet.	Inkrafttreten geplant auf 01.09.2015
Verordnung über die Denkmalpflege (Denkmalpflegeverordnung, DPV) (Änderung)	V	3	ERZ		G	Aktualisierung der Regelungen für die Fachkommissionen für Denkmalpflege und Archäologie.	
Vereinbarung zwischen den Kantonen Bern, Jura und Neuenburg über die Beiträge an die Unterrichtskosten (BEJUNE-Vereinbarung)	I	2	ERZ		A	Der Kanton Neuenburg verlangt eine Neuverhandlung der Vereinbarung, insbesondere für den Bereich der höheren Berufsbildung.	
Interkantonale Vereinbarung zwischen dem Kanton Bern und dem Kanton Jura zur Einrichtung der interjurassischen kulturellen Kommission (IJKK) (Änderung)	I	3	ERZ		A	Der Name und die Aufgaben der heutigen interjurassischen kulturellen Kommission sollen geändert werden.	
Verordnung über die deutschsprachige Pädagogische Hochschule (PHV) (Änderung)	V	2	ERZ			Ausführungsbestimmungen zum geänderten Gesetz über die Pädagogische Hochschule (PHG).	Inkrafttreten geplant auf 01.08.2015.

Verordnung über die Berner Fachhochschule (Fachhochschulverordnung, FaV) (Änderung)	V	2	ERZ	Ausführungsbestimmungen zum geänderten Gesetz über die Berner Fachhochschule (zu finden in der Änderung PHG) und weitere Anpassungen.	Inkrafttreten geplant auf 01.08.2015.
Verordnung über die Berufsbildung, die Weiterbildung und die Berufsberatung (BerV) (Änderung)	V	1	ERZ	Umsetzung der neuen Steuerung und Finanzierung der höheren Berufsbildung. Behandlung von Investitionsbeiträgen an Schulen mit privater Trägerschaft, kantonale Umsetzung des neuen eidgenössischen Rahmenlehrplans für die Berufsmaturität und Neuorganisation der Brückenangebote im Kanton Bern.	Inkrafttreten geplant auf 01.01.2015.

Volkswirtschaftsdirektion

Geschäft	Kat	Prio	FF	Datum RRB	Rel	Inhalt	Kommentar
Interkantonale Vereinbarung zur Aufhebung der Interkantonalen Übereinkunft über den Viehhandel (Viehhandelskonkordat) vom 13. September 1943	V	3	VOL		A	Aufhebung des interkantonalen Viehhandelskonkordats aufgrund von Änderungen im eidg. Tierseuchengesetz.	
Strukturförderungsbeiträge	K	3	VOL		G	Beiträge an Wegebau, Wasserversorgungen, Abwehr von Naturgefahren, forstliche Werkhöfe usw., welche von Gemeinden oder von privatrechtlichen Trägerschaften mit Beteiligung der Gemeinden erstellt werden.	
Renaturierungsprojekte	K	3	VOL		G	Projekte, welche die Gemeinden als Trägerinnen der Wasserbaupflicht betreffen.	
Standesinitiative "Änderung der Berechnung der Standardarbeitskraft in der Landwirtschaft"	U	2	VOL	12.09.2014	A	Standesinitiative beantragt mit M 080-2012, vom GR beschlossen am 03.09.2012, eingereicht am 12.09.2012 (RRB 1357).	Im National- und Ständerat noch nicht behandelt.
Überprüfung Wildschutzgebiete im Kanton Bern	U	3	VOL		G	Überprüfung und Schaffung von Wildschutzgebieten in den Wildräumen 1, 3, 15, 16, 17 und 18.	
Umsetzungsprogramm Regionalpolitik	U	2	VOL	01.07.2015	G	Die NRP-Kantone sind aufgefordert, per Anfang Juli 2015 neue Umsetzungsprogramme für die Periode 2016-2019 beim SECO einzureichen	

Justiz,- Gemeinde- und Kirchendirektion

Geschäft	Kat	Prio	FF	Datum RRB	Rel	Inhalt	Kommentar
Standesinitiative "Bau von Windenergieanlagen in Wäldern und an Waldrändern"	U	3	JGK	22.02.2012	A	Standesinitiative "Bau von Windenergieanlagen in Wäldern und an Waldrändern"	Im National- und Ständerat noch nicht behandelt. Die UREK-S hat am 17.01.2013 eine Anhörung durchgeführt.
Änderung Verordnung über die Gebühren der Kantonsverwaltung (BSG 154.21)	V		JGK		G	Anpassung der Gebühren der Regierungsstatthalterämter im Bereich der Baubewilligungsverfahren	
Verordnung über Inkassohilfe und Bevorschussung von Unterhaltsbeiträgen für Kinder	V		JGK	29.10.2014	G	Einführung von Einkommens- und Vermögensobergrenzen	
Einführungsverordnung zum Bundesgesetz über Ergänzungsleistungen zur AHV und IV (EV ELG; BSG 841.311)	V	2	JGK	29.10.2014	G	jährlich Anpassung der höchstmöglich anrechenbaren Heimkosten	
Kantonale Krankenversicherungsverordnung (KKVV; BSG 842.111.1)	V	2	JGK	29.10.2014		Umsetzung einer ASP-Massnahme	
Anderung der Verordnung über die Errichtung des Inventars	V	2	JGK		G	Anpassung Zuständigkeit und Voraussetzungen für die Erstellung von Inventaren	Abhängig von der Teilrevision EG ZGB (Umsetzung Teilrevision auf Stufe VO)
Teilrevision Bauverordnung	V	1	JGK	02.09.2016	G	Anpassungen als Folge Teilrevision Baugesetzgebung	
Verordnung über die Zuordnung der vom Kanton entlöhnten evangelisch-reformierten Pfarrstellen	V	1	JGK	11.03.2015	G	Umsetzung der im Rahmen der ASP-Debatte im November 2013 beschlossenen zusätzlichen Sparmassnahmen im Bereich der Pfarrbesoldungen und Vollzug des GRB vom September 2014 über die Zahl der vom Kanton besoldeten Pfarrstellen.	
Gebührenverordnung Anpassung Anhang IV B (Grundbuchämter)	V	1	JGK	29.10.2014		Umsetzung des vom Volk am 18. Mai 2014 angenommenen Gegenvorschlages zur Änderung des Gesetzes über die Handänderungssteuer, mit welchem neu ein Stundungs- und Erlassverfahren für die Steuern beim Grundstückerwerb bis CHF 800'000.-- eingeführt werde. Die Gebührenverordnung ist entsprechend auf das neue Stundungs- und Erlassverfahren anzupassen.	

Finanzdirektion

Geschäft	Kat	Prio	FF	Datum RRB	Rel	Inhalt	Kommentar
5. Revision der Verordnung über die Harmonisierung amtlicher Register (RegV)	V		FIN		G	Einführung neuer Berechtigungen für den Zugriff auf GERES oder ZPV aufgrund von Anträgen verschiedener Verwaltungen, die diese Daten für die Erfüllung ihrer Aufgaben benötigen.	
Teilrevision der Verordnung über den Finanz- und Lastenausgleich (BSG 631.111)	V		FIN		G	Folge der Neuklassierung der Gemeindestrassen durch das Bundesamt für Landestopografie	
Teilrevision der Verordnung über das Veranlagungsverfahren (BSG 661.521.1)	V		FIN		G	Folge der Teilrevision des Steuergesetzes per 1.1.2014: Einführung der elektronischen Veranlagungsverfügung voraussichtlich Mitte 2014. Notwendigkeit der Ordnungsänderung noch offen.	
Standesinitiative "Besteuerung von Sozialhilfeleistungen"	U	3	FIN	04.02.2009	A	Standesinitiative beantragt mit RRB 1707 vom 22.10.2008 im Rahmen der Umsetzung der M 122-2005, vom GR beschlossen am 20.01.2009, eingereicht am 04.02.2009 (RRB 136).	Im National- und Ständerat noch nicht behandelt.
Standesinitiative "Übergang von der Ehepaar- und Familienbesteuerung zur zivilstandsunabhängigen Individualbesteuerung. Änderung"	U	3	FIN	27.06.2007	A	Standesinitiative beantragt mit M 291-2007, vom GR beschlossen am 08.04.2008, eingereicht am 18.06.2008 (RRB 1050).	Der Ständerat hat der Standesinitiative 2009 Folge gegeben, der Nationalrat hat keine Folge gegeben.
Teilrevision der Personalverordnung (BSG 153.011.1)	V	2	FIN			Div. Anpassungen, u.a. Einführung Vaterschaftsurlaub (10 Tage), Entlastung des Regierungsrats von Routinegeschäften, Anpassung der Vollzugsbestimmungen zur Abgangsentschädigung und Anpassung des Anhangs I	

Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion

Geschäft	Kat	Prio	FF	Datum RRB	Rel	Inhalt	Kommentar
Standesinitiative "Prioritäre Berücksichtigung der Engpassbeseitigung Bern-Wankdorf-Muri"	U	3	BVE	11.06.2014	A	Standesinitiative beantragt mit M 081-2014, vom GR beschlossen am 04.06.2014, eingereicht am 11.06.2014 (RRB 778).	Im National- und Ständerat noch nicht behandelt.
Änderung Organisationsverordnung BVE	V	2	BVE	29.10.2014		Anpassung Aufgaben TBA, AöV, AGG und GS	RA
Änderung Wasserbauverordnung	V	2	BVE	29.10.2014			RA